



Friedenskreis Senden

Fragen zur Bundestagswahl 2017 an die Parteien und ihre Kandidaten (Vorlage FI Nottuln)

1. Krieg überwinden muss bei uns anfangen

Krieg ist seit der Gründung der Vereinten Nationen völkerrechtlich geächtet und verboten. Trotzdem werden jedes Jahr rund 35 bewaffnete Konflikte auf der Welt gezählt und auch Deutschland und seine Verbündeten in der NATO zögern nicht, weltweit militärisch zu agieren, um vorgeblich die eigenen Interessen zu schützen.

Werden Sie gegen neue Militäreinsätze der Bundeswehr stimmen und sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr aus allen Kampfeinsätzen zurückgeholt wird?

Es wird diskutiert, die Zahl der Soldaten in Afghanistan zu erhöhen. Werden Sie dagegen stimmen?

Werden Sie darauf dringen, dass die Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen Maßnahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung ergreifen, um Krisen und Konflikte friedlich beizulegen bzw. sie gar nicht erst eskalieren zu lassen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die NATO-Truppen aus Osteuropa abgezogen werden und ein Dialog mit Russland begonnen wird, dessen Ziel die Schaffung gemeinsamer Sicherheit in Europa ist?

2. Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung stärken

Die bereits vorhandenen Strukturen zur Stärkung von Ziviler Konfliktbearbeitung müssen ausgebaut werden. Dazu gehört u.a., die Investitionen in Zivile Konfliktbearbeitung deutlich zu erhöhen und mehrjährig zur Verfügung zu stellen.

Denn zivile Friedensförderung kann nur dann die in sie gesetzten hohen Erwartungen erfüllen, wenn entsprechende Investitionen in Programme und Forschung erfolgen.

Dazu gehört z.B. die Erhöhung der Etats für die entsprechenden Programme und Einrichtungen in Deutschland wie den Zivilen Friedensdienst sowie zivilgesellschaftlicher Programme der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Strukturen der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) zu stärken und finanziell so auszustatten, dass genügend Kapazitäten für diese Arbeit geschaffen werden können?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zivile Konfliktbearbeitung den ausdrücklichen und tatsächlichen Vorrang vor militärischen Eingriffen bekommt?

3. Zivile Friedensdienste als Alternative zum Militär (Frieden schaffen ohne Waffen, „Peacekeeping“)

Es werden immer mehr Erfahrungen damit gesammelt, wie man Menschen vor(kriegerischer) Gewalt ohne Waffen schützen kann. Gewaltfreie Nichtregierungsorganisationen und zivile Beobachtungsmissionen zeigen, dass zivile Friedensdienste eine Alternative zur Entsendung von Militär sind. Es stimmt nicht, dass man Militär braucht, um Sicherheit zu schaffen und Menschen zu schützen. In vielen Fällen sind gewaltlose Ansätze sogar effektiver und nachhaltiger.

Werden Sie sich für die Weiterentwicklung und die finanzielle Förderung von zivilen Friedensdiensten durch extra dafür bereitgestellte Mittel einsetzen?

Sind Sie bereit, sich ggf. in der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), dem Europarat, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen für diese Option stark zu machen?

Werden Sie sich für die Umwandlung bestehender militärischer Missionen in zivile einsetzen?

4. Ohne Waffen - aber nicht wehrlos

Die Politik argumentiert gerne, dass wir die Bundeswehr und die NATO brauchen: Zur Abschreckung und um im Ernstfall einen militärischen Angriff abzuwehren. Wir bezweifeln die Risikoanalysen, die diesen Positionierungen zugrunde liegen. Aber selbst wenn sie wahr wären: Selbst ein konventioneller Krieg, also ein Krieg ohne Einsatz von Nuklearwaffen, würde angesichts der technischen Weiterentwicklung der Waffen in Europa hundertfach mehr Opfer und Zerstörung bedeuten als der Zweite Weltkrieg. Und die Gefahr, dass er zu einem Atomkrieg würde, ist gewaltig. Deshalb sollten wir uns daran erinnern, dass schon vor Jahrzehnten Konzepte der nichtmilitärischen Verteidigung – die Prinzipien der „Sozialen Verteidigung“ – ausgearbeitet wurden.

Teilen Sie die Einschätzung, dass Europa militärisch nicht verteidigt werden kann?

Haben Sie sich schon mit Alternativen zu militärischer Verteidigung befasst? Ist Ihnen Soziale Verteidigung ein Begriff?

5. Grundsätzliches Rüstungsexportverbot

Aufgrund unzureichender rechtlicher Rahmenbedingungen und fehlenden politischen Willens konnte Deutschland zum fünftgrößten Waffenexporteur der Welt aufsteigen. Diese Waffen gehen auch in Spannungsbereiche wie den Nahen Osten und die Türkei.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird, und dass dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?

Wenn Sie kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann die Forderung, zumindest den Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern in Krisen und Kriegsregionen dann zu untersagen, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden?

6. Die Rüstungspirale durchbrechen

In Büchel in der Eifel sind weiterhin US-amerikanische Atomwaffen stationiert, und zwar vermutlich zwanzig sogenannte „taktische Atombomben“ vom Typ B 61 – sie haben die 23-fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie sollen jetzt „modernisiert“, sprich: aufgerüstet werden.

Auch bewaffnete Drohnen will sich die Bundeswehr anschaffen.

Werden Sie sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland einsetzen? Werden Sie bei den deutschen Verbündeten darauf drängen, dass diese völkerrechtswidrigen Waffen endlich verschrottet werden?

Werden Sie sich weiterhin dafür einsetzen, dass Deutschland an den UN-Verhandlungen zum Verbot aller Atomwaffen teilnimmt und einem solchen Verbot zustimmt?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Entwicklung und Anschaffung bewaffneter Drohnen sofort gestoppt und diese Waffengattung (wie schon zuvor Landminen und Streumunition) geächtet wird?

Werden Sie sich dagegen wenden, den Verteidigungshaushalt auf 2 % (= Verdoppelung) des BIP anzuheben?

7. Werbeverbot der Bundeswehr bei Jugendlichen

Die Bundeswehr möchte sich zunehmend als gewöhnlicher Arbeitgeber im öffentlichen Raum positionieren. Mit einem neuen Youtube-Kanal versucht sie, in die Lebenswelt junger Menschen vorzudringen. Sie wirbt an Schulen und bei Jobmessen.

JugendoffizierInnen werden in Schulen geschickt, um dort politischen Unterricht abzuhalten. Und sie rekrutiert Minderjährige zur Ausbildung.

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Bundeswehrangehörige nicht mehr in Schulen auftreten dürfen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr keinen Einfluss mehr auf die ReferendarInnenausbildung nimmt?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr schärfere Richtlinien einhält, was das Verbot gezielter Werbung und die Rekrutierung von Minderjährigen angeht, wie es die UN Kinderrechtskonvention festlegt?

8. Gerechtigkeit

Die soziale Schere in Deutschland öffnet sich immer weiter: die Einkommensschere und die Vermögensschere in der Bevölkerung, die Schulden- und Vermögens-Schere zwischen öffentlichen und privaten Haushalten. Zur Sozialen Gerechtigkeit gehört ein soziales Steuersystem.

Setzen Sie sich zur Erhöhung der Gerechtigkeit für die Anhebung des Grundsteuerfreibetrages und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein?

Setzen Sie sich zur Lösung sozialer Probleme für die Einführung einer Vermögens- und Finanztransaktionssteuer ein?

Setzen Sie sich für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ein?

9. Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Die Dublin-Verträge stellen eine ethisch höchst fragwürdige Antwort auf das Problem der Flüchtlingsströme dar und sind mit den Werten Europas nicht vereinbar. Für die Aufnahme von Asylsuchenden in Europa dürfen nicht alleine die Länder verantwortlich gemacht werden, die am Südrand Europas liegen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland in der EU dafür sorgt, dass ein gerechteres und solidarischeres System ausgehandelt wird?

Setzen Sie sich dafür ein, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Frauen bzw. Männer oder ihre Familien nachholen können?

Abschiebungen in lebensgefährliche Situationen sind inakzeptabel.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Menschen nicht in Kriegs- und Krisenregionen abgeschoben werden dürfen?

Setzen Sie sich dafür ein, dass in Deutschland ein Einwanderungsgesetz eingeführt wird?

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Entwicklungshilfe – wie schon sehr viele Jahre zugesagt, auf 0,7 Prozent des BIP angehoben wird (vgl. Rüstungsausgaben, Punkt 6)?

10. Klimaschutz

Das zentrale Klimaschutzziel der Regierung bis zum Jahre 2020 (Senkung des Treibhausgasausstoßes um 40 % gegenüber 1990) droht zu scheitern, da derzeit nicht einmal 30 % erreicht sind. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde in den letzten Jahren gebremst. Im Wärmesektor ist der Fortschritt viel zu langsam und der Verkehrsbereich hat seit 1990 noch überhaupt nichts zur CO₂-Einsparung beigetragen.

Wollen Sie die Bundesregierung darin unterstützen, die ehemalige nationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz wieder einzunehmen?

Setzen Sie sich z.B. für Folgendes ein?

- Beseitigung des Deckels für Wind- und Solaranlagen, Abschaffung der EEG-Umlage auf Eigenversorgung und Mieterstrom, Ausweitung der Ausnahmeregeln für kleinere Akteure beim Ausschreibungsverfahren für Erneuerbare Energien
- Erleichterungen für Baugenehmigungen von Windparks bundesweit unter Beachtung des Natur- und Anwohnerschutzes, Förderung von Energiespeichern

Die Kosten fossiler Strom- und Wärmeerzeugung sind nur deswegen niedriger als die aus Erneuerbaren Quellen, weil die Folgekosten für Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschädigungen und Entsorgungskosten nicht in den Preis mit einfließen.

Werden Sie sich für eine nationale CO₂- und Brennelementesteuer einsetzen?

Werden Sie sich für einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle, ähnlich wie bei der Kernenergie, einsetzen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, schon deutlich früher als 2022 aus der Kernenergie auszusteigen?
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die bestehenden CO₂-Grenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge für die Jahre 2025 und 2030 ambitioniert fortgeschrieben und für LKW eingeführt werden?

Der Güterverkehr mit LKW belastet die Umwelt und verursacht zahlreiche Unfälle. Mehr Güter müssten wieder auf die Schiene gebracht werden

Unterstützen Sie die Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Straßen und eine Halbierung der Preise für die Schienennutzung?

Setzen Sie sich für höhere Investitionen in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs ein?